



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XVI/123 - 5. Juni 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 88

Fernschreiber 0 886 891

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeiler:</u>
1 - 2	<u>Ein nützlichcs Gespräch</u> Nach dem Treffen in Wien Von Jesco von Puttkamer, z.Zt.Wien	89
3	<u>Die sieben Sünden des Herrn Professor Eckardt</u> Von Professor Dr. Ernst Scheilberg, MdB, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Sozialpolitik	49
4	<u>Meinungsfrucht</u> Notwendige Bemerkungen zu dem Erlass des Verteidigungsministers "Soldat und Wahl" Von Fritz Erlor, MdB	47
5 - 6	<u>Kölheimer Leitreden</u> "Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenz" in Fortsetzung	66

* * * *

Ein nützliches Gespräch

Nach dem Treffen in Wien

Von J. von Puttkamer, z.Zt. Wien

Alle Gerüchte und Spekulationen, an denen unmittelbar vor und sogar noch während der Wiener Gespräche zwischen Präsident Kennedy und Ministerpräsident Chruschtschow wahrlich kein Mangel war, sind wie ein Kartenhaus zusammengestürzt. Ausgeblieben ist das "Wunder von Wien", von dem einige unverbesserliche Optimisten hoffnungsvoll sprachen.

Absolut verfrüht wäre es, die Konferenz bereits heute als ein historisches Ereignis zu bezeichnen, wie ebenfalls geschehen. Man kann auch nicht sagen, dass an Ende der Begegnung der eine Gesprächspartner mehr Pluspunkte als der andere habe buchen können. Schliesslich ist die Behauptung -in der freilich ein bedauerlicher Trend zu erkennen ist- absolut unrichtig, dass der amerikanische Präsident zu Konzessionen auf Kosten der Verbündeten, vor allem der Bundesrepublik, bereit gewesen sei.

Nichts von alledem trifft zu. Die strikte Geheimhaltung, die in beiden Wiener Tagen gewahrt wurde und der Konferenz besonderes Gepräge gab, hat auch bei der Abfassung des zwölfzeiligen Abschlusskommuniqués Pate gestanden. Aber dennoch enthält es, genau entsprechend der Atmosphäre nüchterner Sachlichkeit, die hier die Oberhand gewann, zwei schlichte Feststellungen:

Beide Staatsmänner sind der Meinung, dass ihre Aussprache nützlich gewesen ist, und beide sind übereingekommen, den Kontakt in allen Fragen fortzusetzen, die für die beiden Staaten und für die ganze Welt von Bedeutung sind.

Gemessen an den eingangs zitierten Spekulationen, mag mancher dies ein mageres Ergebnis nennen. Das ist sicherlich falsch. Den realen Gegebenheiten entsprechend, ist die Wiener Konferenz mit dem optimal Erreichbaren abgeschlossen worden. Mehr war "nicht drin", und ausschliesslich die nahe Zukunft kann erweisen, ob Wien eine Phase welt-politischer Entspannung einleitet, oder nicht.

Von den nahezu zehn Stunden andauernden eigentlichen politischen Gesprächen, unterhielten sich Kennedy und Chruschtschow mehr als vier Stunden mit Hilfe ihrer Dolmetscher unter vier Augen. Wie von informierter Seite zu hören war, galt dieses Zwiegespräch in erster Linie einer Tour à l'horizont der Weltpolitik, bei der die gegenseitigen Standpunkte unverändert vorggetragen wurden. Die Diskussionen berührten auch die jeweiligen psychologischen und ideologischen Aspekte. Es ist also genau das geschehen, was sich auch beide Seiten vorgenommen hatten, nämlich nicht zu verhandeln, sondern die gegenseitigen Standpunkte zu erkunden.

Allerdings machte der erste Verhandlungstag deutlich, dass zunächst beide Seiten bestrebt waren, dieser Erkundung durchaus verschiedene Gewichtigkeit zuzumessen. Abzulesen war das an der unterschiedlichen Ausdrucksweise der beiden offiziellen Sprecher. Während Kennedys Pressesekretär Salinger die Gespräche "offen und höflich" nannte, sprach Chruschtschows Vertreter Charlanow von einem "sehr fruchtbaren" Gespräch.

5. Juni 1961

Beide Sprecher blieben auch bei mehrmaligen Nachfragen der Journalisten bei diesen unterschiedlichen Vokabeln.

Der Hintergrund dieses Vorgangs erhält auch einiges vom Hintergrund der Konferenz selbst. Die Sowjets wollten durch das Ausmalen einer besonders günstigen Atmosphäre im Ostblock wie im Westen den Gedanken an die Möglichkeit eines amerikanisch-sowjetischer Alleingangs wecken, während den Amerikanern verständlicherweise daran gelegen sein musste, einen solchen Eindruck überhaupt gar nicht erst entstehen zu lassen. Aber, wie gesagt, niemand konnte Pluspunkte sammeln. In Schlusskommunique waren sich die beiden Staatsmänner einig: Sie hatten ein nützlich Gespräch geführt.

Wie wird es nach diesem ersten Schritt weitergehen? Das ist eine Frage, die nach dieser Geheimkonferenz noch sehr schwer zu beantworten ist. Beide Delegationssprecher hatten strikte Anweisungen ihrer Chefs, nicht wesentlich in ihren Auskünften über den vereinbarten Text hinauszugehen. Ziemlich sicher scheint zu sein, dass sich beide Staatsmänner vorbehalten haben, selbst in der Öffentlichkeit zu ihrem Kontaktgespräch Stellung zu nehmen. Wahrscheinlich werden diese Reden schon sehr bald Schlagzeilen in der Weltpresse machen.

Ebenfalls kann als feststehend angenommen werden, dass die in Kommunique erwähnten Kontakte durch die Außenminister Rusk und Gromyko fortgeführt werden, die zunächst das begonnene Gespräch über Laos fortsetzen sollen, sich aber dann auch allen anderen von Kennedy und Chruschtschow berührten Problemen zuwenden werden. Kommt hierbei das Deutschlandproblem zu Sprache, das, wie Chazlamow sagte, von Kennedy und Chruschtschow in allen Details erörtert wurde, so dürfte sich zwangsläufig daraus eine Ministerkonferenz der vier Mächte ergeben.

Aber auch hier kann erst die nächste Zeit weitere Klarheit bringen. Das Deutschlandproblem hat in Wien keineswegs an erster Stelle rangiert; es sind nur Standpunkte entwickelt, aber keine Verhandlungen geführt worden.

Als Kennedy am Sonntag Wien verliess, um nach London zu fliegen, und dort Premierminister McMillan selbst zu unterrichten, hatte er Außenminister Rusk und Unterstaatssekretär Kohler angewiesen, noch am gleichen Abend nach Paris und Bonn zu reisen. Rusk wird Präsident de Gaulle und den NATO-Rat, Kohler Bundeskanzler Adenauer über Wien unterrichten. Die Ankündigung weiterer Konferenzen zwischen den Außenministern Rusk und Gromyko besagt eindeutig, dass Präsident Kennedy entschlossen ist, die Politik, die ihn nach Wien führte, weiter zu entwickeln. Kein Zweifel, dass er dies in Einvernehmen mit seinen westlichen Partnern tun wird, von denen er allerdings, insbesondere von der Bundesrepublik, erwarten kann, dass sie einen eigenen Beitrag zum sich anbahnenden Weltgespräch leisten.

Die sieben Sünden des Herrn Prof. Erhard

Von Prof. Dr. Ernst Schellenberg, MdB.

Vizekanzler und Wirtschaftsminister Prof. Dr. Erhard erklärte auf der Hamburger Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU "Wie oft sind wir sündig geworden z.B. in der Sozialpolitik". Dieses Sündenbekenntnis von Herrn Dr. Erhard bezieht sich offensichtlich auf die vom Bundestag getroffenen sozialpolitischen Entscheidungen, die Gegenstand politischer Auseinandersetzungen waren.

S ü n d i g ist es offenbar nach Herrn Prof. Erhards Meinung, dass eine Rentenreform mit dynamischen Renten geschaffen wurde, obwohl er damals von den Bisszähnen dieser Reform sprach.

S ü n d i g ist es offenbar nach Prof. Erhards Meinung, dass für 1961 die Renten um 5.4 Prozent erhöht wurden, obwohl er in der Kabinettsitzung am 21. September 1960 eine solche Rentenanpassung als konjunkturbedenklich abgelehnt hatte.

S ü n d i g ist es offenbar nach Herrn Prof. Erhards Meinung, dass nach Protesten der Kriegesbeschädigten und Kriegshinterbliebenen die Grundrenten für Kriegsoffer erhöht wurden, obwohl die Bundesregierung diese in ihrem Gesetzentwurf abgelehnt hatte.

S ü n d i g ist es offenbar nach Herrn Prof. Erhards Meinung, dass der Regierungsentwurf zur Neuordnung der Unfallversicherung liegen blieb, nachdem u.a. Arbeitsunfälle mit einer Beschädigung von 20 Prozent künftig ohne Entschädigung bleiben sollten.

S ü n d i g ist es offenbar nach Herrn Prof. Erhards Meinung, dass durch die Novelle zur Altershilfe für Landwirte die Vorschläge der Bundesregierung, die Beiträge zu erhöhen und gleichzeitig den Kreis der Leistungsberechtigten einzuengen, nicht verwirklicht wurden.

S ü n d i g ist es offenbar nach Herrn Prof. Erhards Meinung, dass in der Krankenversicherung die Regierungspläne für Kostenteilungen bei ärztlicher Behandlung und Krankenhauspflege der versicherten Rentner und Familienangehörigen in dieser Legislaturperiode gescheitert ist.

S ü n d i g ist es offenbar nach Herrn Prof. Erhards Meinung, wenn es den Sozialdemokraten gelingen sollte, bei der Ausdehnung von Kindergeldzahlung von zwei Kindern die im Regierungsentwurf vorgesehener Einkommens- und Bedürftigkeitsprüfungen vielleicht doch noch zu Fall zu bringen.

Wenn diese sozialpolitischen Entscheidungen nach Herrn Prof. Erhards Meinung sündig sind, dann entsprechen sie wohl nicht der eigentlichen Auffassung der Regierungspartei, sondern sind vorwiegend unter politischem Druck der Sozialdemokraten und des Wahltermins zustande gekommen, was unsere Auffassung bestätigt. Zudem sind wir der Ansicht, dass im Bereich der Sozialpolitik durch vielfältige Versäumnisse gesündigt wurde, um mit Herrn Erhard zu sprechen.

Es wurde versäumt, das Notwendige für Erholung und Gesundheit, für Ausbildung und Aufstiegschancen, für die wirtschaftliche Sicherung der Familien, für medizinische Forschung und Krankenhäuser, zur Beseitigung von Härten und Ungerechtigkeiten in der Rentenversicherung, für die Alterssicherung der Selbständigen, für die Vermögensbildung breiter Bevölkerungskreise für einen gerechten Wohlstand zu tun.

Wer für diese Versäumnisse die politische Verantwortung trägt, der ist in sozialpolitischen Bereich sündig geworden!

Meinungsfreiheit

Notwendige Bemerkungen zu dem Erlass des Verteidigungsministers
"Soldat und Wahl"

Von Fritz Erler, MdB

Das Verteidigungsministerium hat in seinem Ministerialblatt am 15. April 1961 einen Erlass "Soldat und Wahl" veröffentlicht. Darin wird eine Reihe von Bestimmungen des Soldatengesetzes über die politische Betätigung von Soldaten in Erinnerung gebracht.

Der Hinweis auf die staatsbürgerliche Verantwortung der Soldaten und ihre Ausübung durch Teilnahme am politischen Leben, insbesondere bei der Wahl, ist verdienstvoll. Es ist auch richtig, dass auf die im Soldatengesetz enthaltenen verständlichen Schranken aufmerksam gemacht wird, die sich aus den Soldatenverhältnissen ergeben und in ähnlicher Weise ja auch auf andere Gruppen des öffentlichen Dienstes zutreffen.

Leider enthält der Erlass einen schweren Missgriff. Er versucht, durch bewusst unklare Formalisierungen den Angehörigen der Bundeswehr auch das in den Schranken des Soldatengesetzes erlaubte Recht zur Kritik zu nehmen. So heisst es, dass "im Dienst... die Pflicht zum treuen Dienen jede Verunglimpfung der Bundesrepublik, ihrer verfassungsmässig berufenen Organe und ihrer Wehrkonzeption" verbiete.

Wir sind der Auffassung, dass die Pflicht zum treuen Dienen j e d e Verunglimpfung verbietet und nicht nur die der hier genannten Einrichtungen und Begriffe. Bedenklich ist auch die Verwendung des Begriffes "Wehrkonzeption". Hinter ihm verbirgt sich doch die jeweilige Wehrpolitik der im Amt befindlichen Regierung. Dass auch diese nicht verunglimpft werden darf, versteht sich von selbst. Die Aufzählung tut jedoch seltsam an.

Eine Einschränkung staatsbürgerlicher Rechte aber ist es, wenn der Erlass fordert, dass "ausserhalb des Dienstes und ausserhalb militärischer Anlagen der Soldat Angriffe auf die Bundesrepublik, ihre verfassungsmässig berufenen Organe und ihre Wehrkonzeption in Wort oder Schrift zu unterlassen" habe.

A n d e r e Dinge darf er also angreifen. Dass der Soldat auch ausser Dienst sich Zurückhaltung auferlegen muss, ist durch sein Dienstverhältnis und das Soldatengesetz geboten. Sollte aber diese Bestimmung dazu führen, dass dem Soldaten jede kritische Äusserung zu Fragen verboten wird, die nach willkürlichem Ermessen des Verteidigungsministers oder der ihm nachgeordneten Dienststellen zur "Wehrkonzeption" gehören, dann läge ein Eingriff in die durch das Grundgesetz gewährten Grundrechte vor.

Wir hoffen, dass das Verteidigungsministerium der Versuchung widersteht, die Erwähnung der "Wehrkonzeption" in dem Erlass zur Wahl zu einer Strangulierung der Meinungsfreiheit zu missbrauchen. Es wäre besser gewesen, wenn der zu Missbrauch geradezu herausfordernde Begriff in dem Erlass gar nicht erst aufgetaucht wäre.

Vielleicht hängt das damit zusammen, dass der enttorende Minister, wie er selbst in der Pressestunde des Bundestages am 30. Mai 1961 erklärt hat, immer noch auf Ratschläge anderer wartet, welche seiner Beamten und Offiziere soziet delicate Fragen mit mehr Fingerspitzengefühl zu behandeln instande sind.

Mülheimer Leinwaden

"Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenz" in Fortsetzung

sp. Die kommunistisch gesteuerte "Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenz" hat am Sonntag in Mülheim an der Ruhr ihr westdeutsches Debüt gegeben. Staffage und Kulisse war die "Deutsche Friedensunion", die endgültig die Schleier fallen liess und zu erkennen gab, wohin ihre Reise geht und wer das Fahrgeld bezahlt. Würde auf früheren Veranstaltungen dieser Pankower Marionette noch tüchtig Nebel geblasen, so wurde jetzt nicht einmal mehr versucht, die Sprache der Auftraggeber auch nur abzuändern und in die gefälligeren Formen des gefilterten Tanzjargons umzugliessen.

Auf dieser sogenannten "Arbeiterkonferenz" wurde im östlichen Parteinachwiesisch so verleumdet, beschimpft, verfälscht, gelogen und verdummt, dass es von den Zuhörern eigentlich als Beleidigung hätte empfunden werden müssen - wenn ausser Parteizängern wirklich Gäste anwesend gewesen wären. So waren sie aber unter sich, wie die Abstimmungen am Schluss der Veranstaltung zeigten, mit einem sich "Kassenwart" Albert Berg aus Hamburg einen Aufruf an die "Kollegen und Kolleginnen" in den Betrieben und einen Brief an die DGB-Führung bestätigen liess.

Frau Römbeck, die Parteivorsitzende, die der Veranstaltung nur für die Dauer ihres Referates beiwohnte, fiel regelrecht aus dem Rahmen. Sie politisierte auf ihre schulmeisterliche Art und erregte die Ungeduld des neu zur DFU gesessenen Viktor Wynards, der um seine Redezeit fürchtete. Er kam aber noch zum Zuge und schilderte seine "Gewissensqualen", die ihn zum Eintritt in die DFU trieben. Er bot ein im Grund simples Bild der kommunistischen Unterwanderungstaktik in der Bundesrepublik. Während er in Brustton seiner Beraustheit auf die unveränderte Mitgliedschaft in einer Industriegewerkschaft hinwies, sprach er im gleichen Atemzuge von der "Meute in der DGB-Spitze", die ihn habe zwingen wollen an einen "Ertzlehrgang gegen die östlichen Freunde" teilzunehmen. "Das konnte man von einem, der als Friedenskämpfer aufgetreten ist, nicht verlangen". Seine geheuchelte Empörung richtete sich gegen den "Kalten Krisenverein" Unteilbares Deutschland und gegen die "rechten SPD-Führer Brandt und Wehner", denen er für den 17. September eine Rechnung prophezeite, die "ihnen die Leere zu Berge treiben" würde.

Solche und ähnliche Sprüche wurden von der Versammlung heftig beklatscht, sie wiederholten sich sowohl bei Behriech als auch bei Knorr bei der Versicherung, dass die Masse der Sozialdemokraten und der Gewerkschaftsmitglieder anders dächten als ihre "rechten Führer" und

man zu den einfachen Mitgliedern weiterhin enge Verbindung und Freundschaft pflegen werde. Besondere Knorr, der einem schon fast legendären Ruf zu verspielen hätte, machte seinen schlichten Gemüt alle Ehre. Er schrieb, die Deutsche Friedensunion sei die einzige Partei, in der sich alle Beschlüsse der Arbeiterjugend widerspiegeln und die SPD könne nicht länger politische Heimat der Arbeiterjugend sein.

Wynands, der sich mit einem "offenen Brief" an die SPD und die Gewerkschaften bei der DFU eingeführt hatte, faselte vom Streikrecht, von der sozialen Sicherheit, von Wohlstand und anderen Errungenschaften, derweil ihm die Fahrkarte nach Wilhelm mit dem Groschen bezahlt wurde, die seine Auftraggeber in anderen Teil Deutschlands aus ihrer Arbeiterschaft herausgepresst haben.

Von der Entrechtung der Arbeiter in der Zone, vom Arbeitsgesetzbuch und von der Fernerfüllung war in Wilhelm keine Rede. Dort priesen sich die gleichen Geister, die in ihrem Machtbereich ein lückenloses System menschlicher Ausbeutung und Versklavung aufrichten, als die wirklichen Verfechter der Freiheit, der Menschenrechte und was das Witzigste war - der Demokratie. Sie bezeichneten sich als "Vorkämpfer der Arbeiterinteressen" und versprachen Verkürzung der - Arbeitszeit und stabile Währung, derweil sie jenseits der Zonengrenze durch immer neue Tricks das Letzte aus den Menschen herauszackten und den Reallohn immer weiter herabdrücken.

Auf diese Wilhelmer Leinwände, dessen sind wir sicher, wird die westdeutsche Arbeiterschaft nicht kriechen. Dazu sind sie zu schillernd und dazu sind die Lockvögel, die schon darauf sitzen, zu sehr in der Mauer.

+ + +

Verantwortlich: Gertur Karaschewski